

Diffamierung von Mädchen. Würde früher behauptet, sie bräuchten keine Berufsausbildung, weil sie ja sowieso heiraten, empfiehlt heute eine CSU-„Frauenexpertin“ den jungen Mädchen, den Lehrstellenengpaß erstmal als „Ehefrau und Mutter zu überbrücken, bevor sie ihren beruflichen Ehrgeiz zu befriedigen trachten.“

Akute Lehrstellennot ist aber nur eines der Probleme des Ausbildungsnotstandes. Befürchtungen für die Zukunft ergeben sich ebenso aus der Struktur des heutigen Ausbildungsangebots. Sie entspricht weder der jetzigen noch der Struktur der Berufe des Jahres 2000. Eine Überprüfung der Ausbildungsqualität durch den DGB ergab, daß „die inhaltliche Vorbereitung bei der Mehrzahl der Ausbildungsverhältnisse eher an traditioneller betrieblicher Praxis orientiert ist. Der Einsatz neuer Technik wird in der Ausbildungspraxis kaum zur Kenntnis genommen.“ Symptomatisch dafür ist die Zunahme von Lehrlingen im Handwerk, während Großbetriebe mit modernen Technologien immer weniger Jugendliche ausbilden. Ihre Werktoke blieben 1986 für 25 000 bis 28 000 Jugendliche verschlossen.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Warum „leistet“ sich die BRD als eine der führenden Industrienationen diesen „Luxus“ der Fehl- und Unterqualifizierung der jungen Generation?

Das Streben nach Maximalprofit und die Sicherung der politischen Herrschaft erfordern den massiven Einsatz neuer Technologien und damit aber auch eine hohe Qualifikation der Werk tätigen. Doch nicht im breiten Stil. Denn was die Konzernbosse anstreben, ist eine kleine, aber hochqualifizierte Elite, dazu eine qualitativ ebenfalls begrenzte flexibel einsetzbare Stammebelegschaft mit „mittlerer Qualifikation“ sowie eine nur mit den nötigsten Grundkenntnissen ausgestattete „industrielle Reservear-

bee“ als Anhängsel der Maschine, jederzeit abruf- und austauschbar.

Die Bildungspolitik soll die vom Kapital geforderte und dringend benötigte hochqualifizierte Schicht herausfiltern - selbstverständlich zu einem für die Monopole kostengünstigen Ansatz. Dazu zählt neuerdings die Verlagerung beruflicher Spezialistenkurse und Umschulungsmaßnahmen auf vom Staat getragene Einrichtungen der Erwachsenenqualifizierung. Im Klartext heißt das: Obwohl die Unternehmen auch 1986 wiederum Profite in Milliardenhöhe erzielten, denken sie nicht im geringsten daran, ausreichend neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Vielmehr versuchen sie - und das mit wachsendem Erfolg -, auch solche, in ihrem eigenen Interesse liegende Maßnahmen wie Umschulung und Weiterbildung auf den Steuerzahler abzuwälzen. Und Steuerzahler sind vor allem die Werk tätigen selbst. So gab 1986 die Bundesanstalt für Arbeit der BRD

Geldbeutel bestimmt Qualität der Ausbildung

Gut muß es, laut Bonner Bildungsministerium, den BRD-Studenten gehen. So verbreitete diese Institution im Dezember 1986: Die „Legende vom hungerleidenden Studenten trifft nicht die Wirklichkeit“. Und der zuständige Minister zeigte sich „erfreut“, daß „zunehmend die Eltern in der Lage sind, das Studium ihrer Kinder zu finanzieren.“ Denn: „Die Verantwortung für die Ausbildungsfinanzierung liegt nach meiner Vorstellung in erster Linie bei den Eltern.“ Ganz offen wird ausgesprochen, daß im kapitalistischen Hochschulbetrieb Bildung an den privaten Geldbeutel gekoppelt ist. So verlangen über 80 USA-Hochschulen inzwischen mehr als 10 000 Dollar im Jahr pro Student, Eliteanstalten sogar über 15 000 Dollar. Seit 1980 kletterten die Studiengebühren durch-

5 Milliarden DM aus Steuergeldern für berufliche Weiterbildung - im Interesse des Kapitals - aus. Schwerpunkt waren der Metall- und Elektrobereich. Und hier offenbaren sich der ganze Zynismus und die Menschenverachtung dieses Systems: Genau in diesen Bereichen wurden in den vergangenen Jahren die meisten Lehrstellen abgebaut.

Sicher, in den kapitalistischen Betrieben gibt es auch zukunftsorientierte und qualifizierte Lehrstellen wie im sogenannten High-Tech-Bereich. Doch diese sind selbst in Zentren der Spitzentechnologie äußerst rar. Hinzu kommt, daß selbst diese gefragten und sicherlich auch lukrativen Lehrstellen nicht vor Arbeitslosigkeit schützen. So kann es durchaus Vorkommen, daß die gleiche Mikroelektronik, die die Lehrlinge in der Ausbildung zu beherrschten lernten, kurze Zeit darauf ihren Arbeitsplatz „überflüssig“ macht - das allseits bekannte Bild vom Goetheschen Zauberlehrling in spätkapitalistischer Fassung.

schnittlich um 9,8 Prozent jährlich und überflügelten damit die allgemeine Inflationsrate von 4,9 Prozent um das Doppelte. In der BRD wurde 1983 die Studienförderung in Form von Stipendien praktisch abgeschafft, staatliche Zuwendungen werden seitdem nur als rückzahlbare Darlehen gewährt, wodurch der Empfänger nach Abschluß des Studiums einen Schuldenberg in Höhe von etwa 40 000 DM abzutragen hat (er beträgt gegenwärtig bereits zehn Milliarden DM). Außerdem werden nur noch 27 Prozent der Studierenden staatlich unterstützt (1983: 37 Prozent), 55 Prozent müssen neben dem Studium Geld verdienen, 16 Prozent ständig, auch in den Semesterferien. Studenten „buden“ sind kaum unter 400 DM monatlich zu haben, die Mieten für die wenigen Wohnheimplätze wur-